



Asylwahn: Regisseur sagt Inszenierung in HH ab



Alvis Hermanis

(Foto) ist ein lettischer, mehrfach ausgezeichnete Theaterschauspieler, -regisseur und Intendant des Jaunais Rigas teatris (Neues Theater Riga). Fast auf der ganzen Welt, z. B. in Russland, USA, Kanada, Polen, Finnland Frankreich und vielen mehr durfte Hermanis schon sein Können auf bekannten Bühnen unter Beweis stellen. 2012 inszenierte er Verdis Troubadour mit Anna Netrebko und Plácido Domingo bei den Salzburger Festspielen. Fürs kommende Frühjahr war die Inszenierung „Russland.Endspiele“, eine Zusammenführung von Werken der Dramatiker und Schriftsteller Dostojewskij, Tolstoi und Gorki am Hamburger Thalia Theater geplant. Nun sagte der 50-jährige Künstler mit Rückgrat dem Thalia Theater ab. Denn für ihn ist seit Beginn des Asylirrsinns die Zeit der Political Correctness vorbei und das Engagement vieler deutscher Theater für sogenannte „Flüchtlinge“ ist dem Letten

ein Dorn im Auge, damit wolle er nichts zu tun haben.

(Von L.S.Gabriel)

Viele, vor allem deutsche, Theater haben sich in letzter Zeit mit dem Thema „Flüchtlinge“ auf die gewohnt propagandistische Art auseinandergesetzt, auch das Thalia Theater in Hamburg. Schon zur Spielsaison im Herbst 2013 tat sich die Bühne mit dem Stück „[Die Schutzbefohlenen](#)“, wo u. a. auch Lampedusa-Invasoren ihren Auftritt bekamen, hervor.

Hermanis hat sich Gedanken gemacht. Er kann diesem im Grunde gefährlichen Gutmenschentum nichts abgewinnen, sondern erkennt glasklar: Wir befinden uns im Krieg. [Deutschlandradio Kultur](#) schreibt:

Die deutsche Begeisterung, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen, sei extrem gefährlich für ganz Europa, weil unter ihnen Terroristen seien, sagte Hermanis demnach. Die Anschläge von Paris zeigten, dass wir mitten im Krieg seien. In jedem Krieg müsse man sich für eine Seite entscheiden, er und das Thalia Theater stünden auf entgegengesetzten. Die Zeiten der Political Correctness seien vorbei.

Alvis Hermanis ist wohl eine Ausnahme im linken Künstlersumpf. Ein Theatermacher, der sich offenbar weder durch den gutmenschlichen Gruppenzwang der Szene verbiegen oder den Erfolg korrumpieren lässt. Wir wünschen ihm viel Durchhaltevermögen, denn der Hass der asyllaffinen Kunst- und Medienszene wird ihn leider schon bald treffen.



PI wirkt: Massiver Shitstorm gegen Lindt



Am Mittwoch [thematisierten wir einen Adventskalender](#) von Lindt, der eindeutig nicht das christliche Verständnis der Zeit vor dem Heiligen Abend widerspiegelt. [PI hatte schon 2010 einmal](#) auf dieses sonderbare Motiv des Schweizer Schokoladenherstellers hingewiesen. Damals schon wurde sich wortreich gerechtfertigt. Heute, fünf Jahre später und kein bisschen klüger, hat der Konzern, aufgrund der seither immens angewachsenen Nutzerzahlen in sozialen Netzwerken, etwas mehr zu kämpfen. Auf Facebook ist ein Empörungsturm losgebrochen und viele unserer Leser haben dankenswerterweise auch via Mail ihrem Unmut Luft gemacht. Wie wenig ernst es dem Konzern ist, wenn er angeblich die Empfindungen seiner Kunden in den Vordergrund stellt zeigt, dass seit damals kein Gedanke an jene verschwendet wurde, die sich von einer offenen Moscheetür am Tag von Christi Geburt unangenehm berührt sahen.

(Von L.S.Gabriel)

Die Antwortschreiben an erboste Kunden von damals unterscheiden sich nur wenig, die meisten Textbausteine wurden

gerade mal etwas verschoben, bis natürlich auf den Islamisierungsfaktor:

Antwort an einen Kunden 2010:

Sehr geehrter Frau/Herr ...,

vielen Dank für Ihre kritische Anmerkung zu unserer Produktlinie „1001 Weihnachtstraum“, zu denen wir gerne Stellung nehmen.

Lindt & Sprüngli möchte immer Freude bereiten und dies nicht nur mit bester Qualitäts-Chocolade und raffinierten Rezepturen, sondern auch mit einer ansprechenden Verpackung, die Lindt Genießer in die sinnliche Welt des Schokoladengenusses eintauchen lassen.

An der Basis jeden Tun und Handelns stehen bei Lindt & Sprüngli hohe ethische Werte, wie Respekt und Toleranz, unabhängig von Geschlecht, Religion, politischer Auffassung und sonstigen persönlichen Überzeugungen. Selbstverständlich respektieren wir daher auch den kulturellen Hintergrund des Weihnachtsfestes. In diesem Sinne ist es nicht unsere Absicht, die individuellen Sensibilitäten unserer Konsumentinnen und Konsumenten in irgendeiner Weise bewusst zu verletzen.

Bisher hat noch kein Verbraucher Anstoß an dieser, in unseren Augen sehr geschmackvollen Verpackung genommen, deren Konzept lediglich eine Visualisierung der damaligen lokalen Lebensumstände darstellt. Auf der Verpackung ist keine Moschee abgebildet, sondern die Architektur und Kultur wie diese in der orientalischen Welt zu Christi Geburt gewesen sein könnte – eine Welt, die im Besonderen auch den Hintergrund der Geschichte der heiligen drei Könige aus dem Morgenland (Persien, Babylon oder Syrien) widerspiegelt.

Die drei Weisen bringen Gaben und Geschenke, und hier schließt sich der Kreis, denn auch die köstlichen und edlen

Schokoladen von Lindt können wunderbar verschenkt werden, was sich wiederum vollumfänglich mit dem Brauch des Schenkens als Zeichen der Wertschätzung und der Nächstenliebe jenseits aller Schranken und damit auch mit unserer christlichen Tradition vereinbaren lässt.

Es liegt aus unserer Sicht daher ein interpretatorisches Missverständnis bei Ihrer Produktkritik vor, denn diese orientalistisch anmutende Produktlinie bedeutet keinesfalls einen Hinweis auf islamische Traditionen, da diese erst rund 500 Jahre später als das Christentum ihren Niederschlag fanden. Vielmehr ist es als ein Eintauchen in eine kulturelle Umgebung zu verstehen, wie sie zurzeit von Christi Geburt vorstellbar sein könnte.

Wir hoffen sehr, Sie davon überzeugt zu haben, dass unser Adventkalender unter diesen Gesichtspunkten keinesfalls unsere kulturellen und christlichen Traditionen beeinträchtigt oder verletzt.

Mit freundlichen Grüßen

Melanie A.

Konsumentenservice

Chocoladefabriken Lindt & Sprüngli GmbH

Antwort von dieser Woche:

Sehr geehrte...

vielen Dank für Ihre kritischen Anmerkungen zu unserer Produktlinie „1001 Weihnachtstraum“, zu denen wir gerne Stellung nehmen.

Es liegt uns fern, mit unseren Produkten die Gefühle unserer Konsumentinnen und Konsumenten zu verletzen und es tut uns sehr leid, wenn dies der Fall war. Lindt & Sprüngli möchte immer Freude bereiten und dies nicht nur mit bester Qualitäts-Schokolade und raffinierten Rezepturen, sondern

auch mit einer ansprechenden Verpackung, die Lindt Genießer in die sinnliche Welt des Schokoladengenusses eintauchen lassen.

Der Adventskalender 1001 Nacht ist seit über 10 Jahren ein Lindt Klassiker an Weihnachten. Die in unseren Augen sehr geschmackvolle Verpackung ist eine Visualisierung der damaligen lokalen Lebensumstände. Auf der Verpackung ist keine Moschee abgebildet, sondern die Architektur und Kultur wie diese in der orientalischen Welt zu Christi Geburt gewesen sein könnte – eine Welt, die im Besonderen auch den Hintergrund der Geschichte der heiligen drei Könige aus dem Morgenland widerspiegelt.

Es liegt aus unserer Sicht daher ein interpretatorisches Missverständnis bei Ihrer Produktkritik vor, denn diese orientalisches anmutende Produktlinie bedeutet keinesfalls einen Hinweis auf islamische Traditionen, da diese erst rund 500 Jahre später als das Christentum ihren Niederschlag fanden. Vielmehr ist es als ein Eintauchen in eine kulturelle Umgebung zu verstehen, wie sie zurzeit von Christi Geburt vorstellbar sein könnte.

An der Basis jeden Tun und Handelns stehen bei Lindt & Sprüngli hohe ethische Werte, wie Respekt und Toleranz, unabhängig von Geschlecht, Religion, politischer Auffassung und sonstigen Überzeugungen. Selbstverständlich respektieren wir daher auch den kulturellen Hintergrund des Weihnachtsfestes. In diesem Sinne ist es nicht unsere Absicht, die individuellen Sensibilitäten unserer Konsumentinnen und Konsumenten in irgendeiner Weise bewusst zu verletzen.

Wir hoffen sehr, Sie davon überzeugt zu haben, dass unser Adventskalender unter diesen Gesichtspunkten keinesfalls unsere kulturellen und christlichen Traditionen beeinträchtigt oder verletzt.

*Mit freundlichen Grüßen aus Aachen
Lindt Verbraucher-Service*

Dass noch niemand daran Anstoß genommen hat konnte man eben schlecht stehen lassen. Was auffällt ist, dass vor allem auch dahingehend angepasst wurde, dass dieser Indoktrinationskalender keinesfalls etwas mit dem Islam zu tun habe. Dafür hat man den Satz mit den Geschenken der drei Weisen geopfert.

Es ist schon bemerkenswert, wie gleichgeschaltet Politik, Wirtschaft und natürlich Medien sich in den vergangenen Jahren präsentieren. Alles und überall dreht sich nur noch um den Totenkult und die neue Herrenmenschenideologie Islam und je mehr, umso heftiger muss behauptet werden, dass es genau damit nichts zu tun hat.

Auch einige Medien sind natürlich sofort auf den Skandal angesprungen. Wobei hier die Empörung natürlich nicht im Kalender lag, sondern daran, dass wir es thematisiert hatten und noch mehr daran, dass der noch nicht „erzogene“ Teil der Bevölkerung sich dagegen zu Wehr setzt.

Besonders [bemüht war der Stern](#), der hat sein eigenes Märchen um die Darstellung gesponnen:

Der Fehler der Hetzer: Den Orient direkt mit Moscheen in Verbindung bringen. Denn das Motiv zeigt zwar eine Art Palast, allerdings keine Moschee, denn es fehlen islamische Schriftzeichen. Wer genau hinsieht, entdeckt die Anspielungen an die Weihnachtsgeschichte: Den Morgenstern, die drei Heiligen aus dem Morgenland und eine Frau auf einem Esel, der von einem Mann geführt wird.

Einmal abgesehen davon, dass um die Frau zu erkennen auch schon viel Fantasie gebraucht wird, wäre das ja dann noch der Gipfel. Denn wenn das auf dem Esel Maria sein soll, hat ihr

vorgezeigter Weg sie offenbar direkt auf die offene Tür zugeführt und sie hat dann wohl infolge das Jesus Kind in einer Moschee, nein, laut Stern einem orientalischen Palast, zur Welt gebracht. Wo man es dann auch am 24.12. beim Öffnen des Türchens finden wird.

Der Stern ist damit nicht die Leuchte des Jahres und Lindt hat den Beweis erbracht, dass der Kunde da offenbar im Mittelpunkt und dort aber den Interessen des Konzerns leider im Weg steht.

Weitere Medienberichte zum Shitstorm gegen Lindt:

- » [20min: Islamgegner nehmen Lindt/Sprüngli ins Visier](#)
- » WELT: Shit-Candy-Storm [wegen islamischen Adventskalenders](#)
- » [Augsburger Allg.: Islamischer Adventskalender löst Shitstorm aus](#)
- » Heute.at: Nun auch [Shitstorm gegen Lindt](#)



Wahl in Frankreich: Le Pen steuert Mehrheit an



Ab kommenden Sonntag

sind in Frankreich Regionalwahlen, sie gelten auch als Stimmungsbarometer für die kommende Präsidentschaftswahl. Für den Front National unter Marine Le Pen (Foto) sieht es laut den Umfragen sehr gut aus. Beinahe alle Institute bestätigen sowohl der Parteichefin im Norden, als auch ihrer Nichte Marion Maréchal-Le Pen in den Regionen der Provence und Côte d'Azur für den ersten Wahlgang rund 30 Prozent der Wählerstimmen. Manche [prognostizieren sogar 39 Prozent](#) für die Region Provence-Alpes-Côte d'Azur. Parteivize Florian Philippot dürfte sich im Elsass, in Lothringen, der Champagne und Ardennen behaupten.

Den Sozialisten unter Staatschef François Hollande droht mit rund 22 Prozent eine bittere Niederlage. Auch Ex-Präsident Nicolas Sarkozys Konservativ-Bürgerliche würde der Front National demnach auf Platz zwei verweisen. Hatten [nicht nur französische Medien](#) nach dem Islammassaker von Paris Präsident Hollande wieder im Aufwind gesehen, so berichten sie nun, dass eben diese Attentate dem FN in die Hände spielten. Glaskugelberichterstattung wie es gerade passt eben. Wir werden zeitnah über den Wahlausgang berichten. (lsg)



GroKo will AfD Goldhahn zudrehen



Um unliebsame Konkurrenz zu verhindern oder wenigstens zu schwächen, ist der GroKo aus CDU/CSU und SPD jedes Mittel recht! Nun will man sogar noch vor Weihnachten eine [Änderung des Parteiengesetzes](#) durch den Bundestag peitschen, um der AfD die finanziellen Mittel für das Jahr der Bundestagswahl 2017 zu beschneiden.

[Der „Tagesspiegel“ berichtet:](#)

Die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD nehmen den Goldhandel der AfD ins Visier: Mit einer Änderung des Parteiengesetzes soll die rechtspopulistische Partei dafür keine staatlichen Zuschüsse mehr bekommen.[...]

Die AfD hat durch den Verkauf von Gold bereits mehrere Millionen Euro verdient. Auf einer eigenen Website für den Goldverkauf wirbt die Partei explizit damit, dass Bürger „zu einem angemessenen Preis“ Gold erwerben sollten, damit die AfD an die staatlichen Gelder komme. Grundsätzlich richtet

sich die Höhe der staatlichen Zuschüsse nach der Anzahl der von einer Partei erzielten Wählerstimmen, den Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Allerdings dürfen die Zuschüsse dabei insgesamt nicht höher ausfallen als die Summe der selbst erwirtschafteten Einnahmen. Dabei werden die Golderlöse der AfD bislang mitgerechnet.

Die geplante Gesetzesänderung, über die zunächst die „Bild“-Zeitung berichtet hatte, soll der Partei diese Geldquelle nun nehmen. Nach Informationen der Zeitung beläuft sich der Umsatz der AfD durch den Goldhandel allein in diesem Jahr auf bislang fast zwei Millionen Euro. Der Gesetzesentwurf von CDU/CSU und SPD sieht außerdem vor, die staatlichen Zuschüsse für erzielte Wählerstimmen sowie für Einnahmen durch Mitgliederbeiträge und Spenden jeweils zu erhöhen.

Durch die Goldverkäufe erzielte die AfD in 2014 Einnahmen von ca. 2,5 Millionen Euro, welche von der Bundestagsverwaltung als gesetzeskonform in die Berechnung der Parteienteilfinanzierung eingeflossen waren und der AfD ca. 5 Millionen Euro sicherten.

Mit diesen Einnahmen rechnete die AfD für 2015 aus den Goldverkäufen und die wären nach bisherigem Gesetz in die Berechnung der Parteien-Teilfinanzierung für 2017 eingeflossen. Für eine kleine Partei wie die AfD ist ein Wegfall von 2 von 5 Millionen, also von 40% der Wahlkampfmittel, existenzbedrohend. Gelingt es der Alternative für Deutschland in den nächsten 25 Tagen nicht, ein Spendenaufkommen in ähnlicher Höhe zu mobilisieren, könnte der Wahlkampf für die Bundestagswahl 2017 massiv gefährdet sein.

Gleichzeitig nutzt die GroKo die günstige Gelegenheit, um den eigenen Geldtopf mal wieder kräftig aus den Mitteln der Steuerzahler aufzufüllen. Die früher „Wahlkampfkostenerstattung“ genannte Parteienteilfinanzierung steigt nach dem Willen der Selbstbediener um bis zu 20%.

Bei der CDU machte dieser Betrag in 2011 rund 44 Mio Euro, oder rund 1/3 der Gesamteinkünfte aus. Nach der Gesetzesänderung dürfte man sich in der Parteizentrale über rund 8 Mio höhere Einnahmen freuen! Oder – falls die CDU weniger Zustimmung beim Wähler erhalten sollte – bleiben die Einnahmen wenigstens auf gleicher Höhe. Seltsam: In solchen Dingen ist es unserer Koalition durchaus möglich, vorausschauend zu planen. (hg)



Stadt München beobachtet „Demo für alle“



Die Stadt München hat ein Netzwerk zur Beobachtung von Personen und Organisationen eingerichtet, die politisch unerwünschte Positionen haben. Eines der Objekte der Überwachung: die „Demo für Alle“. Die dabei mitwirkende Münchner CSU wird nun harsch

durch den Konservativen Aufbruch kritisiert. Die Basis-Bewegung der CSU ist selbst Beobachtungsobjekt. (Weiter bei metropolitico.org / Foto: Münchens oberster Kämpfer gegen Rechts, OB Dieter Reiter)

Video: Gewinnt ISIS gegen den Westen?

In seiner CBN-Sendung „The Watchman“ spricht der US-Terrorexperte Erik Stakelbeck mit dem Publizisten Robert Spencer (Jihadwatch) und der österreichischen Islamkritikerin Elisabeth Sabaditsch-Wolff (BPE) über die aktuelle „Flüchtlingskrise“ in Europa und die dadurch entstandene Gefahr des Re-Imports getarnter islamischer Terroristen. Die Sendung wurde Anfang September ausgestrahlt – ist aber anhand der Ereignisse in Paris und San Bernardino aktueller denn je.



Chamenei: „Israel-Terror

schlimmer als IS“



Moslem Ayatollah Ali Chamenei (*Foto rechts*) ist der „religiöse“ Führer des Irans. Er bezeichnete die Terror-Organisation „Islamischer Staat“ (IS) als „widerwärtige Gruppe“. So weit, so gut. Es sind schließlich Sunniten, und die hasst er eben, da er Schiit ist und man sich seit 1400 Jahren gegenseitig mit Leidenschaft abmurkst. Aber Chamenei hasst auch Juden, und so meinte er allen Ernstes, dass die „schlimmste Form von Terrorismus“ durch Israel geschehe, worunter die Palästinenser seit 60 Jahren zu leiden hätten.

(Von Michael Stürzenberger)

Der iranische Obermoslem relativierte den Horror von Paris, indem er von sich gab, dass sich die Menschen dort nur für ein paar Tage in ihre Häuser geflüchtet hätten, aber eine palästinensische Familie sei seit Jahrzehnten selbst in ihrem eigenen Haus nicht sicher „vor den Todes- und Zerstörungsmaschinen“ der „zionistischen Regierung“. Idea berichtet über die typisch mohammedanische Verdrehung des Täter-Opfer-Prinzips:

Der religiöse Führer des Irans, Ayatollah Ali Chamenei, hat die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) als

widerwärtige Gruppe bezeichnet. Aber die schlimmste Form von Terrorismus erfahren die Palästinenser seit 60 Jahren durch Israel. Wie die Zeitung „The Jerusalem Post“ mit Bezug auf die iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtet, nannte Chamenei die Anschläge von Paris in einer Stellungnahme „blinden Terrorismus“. Dieser sei „unsere gemeinsame Sorge“. Die islamische Welt sei aber im Vergleich stärker und länger Opfer von Terror und Brutalität gewesen. Chamenei hob insbesondere das „unterdrückte Volk der Palästinenser“ hervor.

Die Europäer hätten sich nach den Pariser Anschlägen für ein paar Tage in ihre Häuser geflüchtet und belebte Plätze gemieden. Aber eine palästinensische Familie sei seit Jahrzehnten selbst in ihrem eigenen Haus nicht sicher vor den Todes- und Zerstörungsmaschinen der „zionistischen Regierung“. Er fragte: „Welche grausame Gewalt heute ist vergleichbar mit der des Siedlungsbaus durch die zionistische Regierung?“

Merke: Moslem bleibt Moslem, auch wenn sich Schiiten und Sunniten gegenseitig als „Ungläubige“ bezeichnen und sich an die Gurgel gehen. Wenn man sich für eine vermeintlich zweckdienliche Allianz gegen die Killertruppe IS mit den Schiiten aus dem Iran einlässt, darf man nie vergessen, dass auch sie gemäß der islamischen Ideologie alle Nicht-Moslems als Todfeinde sehen.

Momentan ist ihr größtes Interesse, den ihnen verhassten „Judenstaat“ Israel auszulöschen, da es ihre totalitäre Ideologie verbietet, dass sich ein Staat der „Ungläubigen“ auf einem Territorium befindet, das sie als das ihre ansehen. Wenn Israel jemals fallen sollte, was natürlich niemals geschehen darf, wird sich auch das Hauptaugenmerk der iranischen Moslems auf Europa richten. [Laut idea](#) setzt sich die Bevölkerung dort zu 99% aus Mohammedanern zusammen:

Von den 78 Millionen Einwohnern Irans sind 99 Prozent Muslime. Die Zahl der Konvertiten zum christlichen Glauben wird auf 250.000 geschätzt. Ferner gibt es bis zu 150.000 meist orthodoxe armenische und assyrische Christen.

Wie gefährlich Andersgläubige im Iran leben, machen immer wieder die Fälle deutlich, in denen Christen nur aufgrund ihrer Religion in Todeszellen der islamischen Republik landen. Churchill hat damals hinsichtlich des Kriegsbündnisses mit Stalin gesagt, man müsse sich manchmal auch „mit dem Teufel“ verbünden. Im Falle von Moslems ist zu sagen, dass ein Bündnis mit ihnen weitaus gefährlicher ist als jenes, das Briten und Amerikaner damals mit Stalin eingingen, um den ideologischen Bruder des Islams, den National-Sozialismus, zu besiegen.

Daher bewegt sich Putin mit seinem völlig richtigen kompromisslosen Kampf gegen den IS auf einem gefährlichen Parkett, denn hinter Assad steht der Iran. Es ist zwar klar, dass nur Assad Syrien zusammenhalten kann, denn wenn er weg wäre, würde der fundamentale Islam in Form des IS und seiner Gesinnungsgenossen die Macht übernehmen. Das würde eine verheerende Terrorfabrik bedeuten, die ihre Killermaschinen in zwei Richtungen schicken würde: Israel und Europa. Aber mit dem nach Atomwaffen strebenden Iran hat Putin einen ideologischen Todfeind an seiner Seite.

Jürgen Elsässer, der in mancher Hinsicht gute Arbeit leistet, wie jetzt auch aktuell das [Interview mit Akif Pirinçci](#) oder das beständige Anprangern der irren merkelschen „Flüchtlings“-Politik, sollte sich wirklich fragen, ob er seine pro-iranische und islam-unkritische Haltung nicht komplett überdenken sollte. Er veröffentlichte kurz vor Weihnachten des letzten Jahres bekanntlich einen Offenen Brief an seine „muslimischen Freunde“:

Liebe muslimischen Leser von COMPACT, schätzt unser Magazin, weil wir immer unbestechlich und wahrheitsgemäß über die US-

Agressionen gegen Irak, Libyen und Syrien berichtet und uns auch klar gegen die zionistische Politik ausgesprochen haben – siehe etwa unsere Ausgabe vom September 2014 über den “Volker mord in Gaza”. Auch bei ISIS haben wir darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine Art Joint Venture von Salafismus und US-Geheimdiensten handelt, das im Interesse der US-Geopolitik alle Staaten des Nahen Ostens zerstören soll – siehe etwa unsere Ausgabe vom November 2014. Deshalb könnt Ihr sicher sein, dass wir niemals eine Politik unterstützen würden, die sich gegen den Islam als solches richtet – sondern immer nur gegen die Islamofaschisten a la ISIS, die im Solde Washingtons und Tel Avivs agieren und zu einer Gefahr für alle Menschen im Nahen Osten – Muslime, Christen, Juden und alle anderen Minderheiten – geworden sind.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Euch, Euch nicht von den US-hörigen deutschen Politikern und Medien gegen PEGIDA und andere patriotische Deutsche aufhetzen zu lassen. Diese US-gesteuerte Einheitsfront von CDU bis zu den Grünen, von FAZ bis Taz will Euch (und der deutschen Öffentlichkeit) einreden, dass PEGIDA sich gegen den Islam richtet. Aber das ist nicht der Fall!

Das ist eine brandgefährliche Einstellung. Wenn Jürgen Elsässer seine Meinung [dieses Offenen Briefes](#), der schon ein Jahr alt ist, mittlerweile nicht geändert hat, stellt er eine Gefahr für die islamkritische Bewegung dar. Selbstverständlich ist DER ISLAM das Problem, und nicht nur „Extremisten“, „Salafisten“ und „Terroristen“. Wer sich mit dem Iran gegen die USA und Israel verbündet, ist im Herzen genauso gestrickt wie ein Mohammedaner, ein Linksextremist und ein sogenannter „Rechts“-Extremist, obwohl jene eigentlich ja auch Linksextremisten sind, da der National-Sozialismus eine LINKE Bewegung war.

Den Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Iran im Juni 2009

begrüßte Elsässer auf seiner Homepage mit den Worten:

„Eine schöne Schlappe für den Imperialismus im Iran! Der Präsident hat klar gewonnen. Und die Leute, die dagegen demonstrieren, sind erkennbar eine kleine Minderheit: Die Jubelperser von USA und NATO. Salemaleikum, Präsident! Auf weitere vier friedliche Jahre!

Seine Sympathie für den iranischen Staatspräsidenten unterstrich Elsässer anlässlich einer Reise in den Iran, die Yavuz Özoguz, Herausgeber des Muslim-Markt, organisiert hatte und deren „politischer Höhepunkt“ eine „Privataudienz“ bei Mahmud Achmadinedschad war. Elsässer schrieb dazu:

An dieser Stelle nur kurz: Es war wohl die interessanteste Reise, die ich je gemacht habe. Dank der guten Organisation und Reiseleitung durch Dr. Yavuz Özoguz (muslim-markt.de) erhielten wir einen Eindruck aus erster Hand unter anderem durch Besuch im Parlament, in einer Automobilfabrik, beim zentralen Freitagsgebet in Teheran, bei den Massenprozessionen zum Tod der Prophetentochter Fatima, und wir trafen zahlreiche Experten und Vertreter aus Politik und Forschung sowie Vertreter der religiösen Minderheiten (Christen, Juden, Zoroastrer). Politischer Höhepunkt war natürlich die Privataudienz bei Präsident Mahmud Achmadinedschad. (..)

Iran ist kein mittelalterliches, sondern ein hochmodernes Land. Die Wirtschaft boomt! Trotz Sanktionen! Teheran ist moderner als Berlin, es gibt 20spurige Stadtautobahnen, die auch nachts um 12 Uhr noch verstopft sind, und einen 2007 erbauten Fernsehturm, der höher als der auf dem Alexanderplatz ist. (..)

Das Land hat Kraft und Perspektive. Die Sanktionen werden es nicht in die Knie zwingen, sondern könnten es sogar stärker machen.



Nachzulesen unter [Elsässer trifft Ahmadijedschad](#). Er hat in seiner Vergangenheit schon mehrere politische Kehrtwendungen vollzogen. Wieviel vom früheren Kommunisten noch in ihm tickt, weiß nur er selbst. In jedem Fall sollte er sich ganz schnell von pro-islamischen

Positionen verabschieden, ebenso von seiner Sympathie für den Iran und die Schiiten. Aber so geht es, wenn man noch die alten linken Feindbilder USA und Israel verinnerlicht hat...



Gauweiler: Warum wieder Klage gegen EZB?



Europa muss ein Europa des Rechts bleiben. Deshalb klage ich vor dem Bundesverfassungsgericht erneut dagegen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) gegen bestehende Regelungen verstößt – und

Mario Draghi, als Präsident, diese Verstöße geradezu personifiziert, weil es Hinweise auf Befangenheit gibt. Er darf daher bei geldpolitischen Entscheidungen zugunsten der Krisenstaaten Italien und Griechenland nicht mitwirken.

Vor wenigen Tagen hat EZB-Präsident Draghi angekündigt: „Wir werden tun, was wir tun müssen, um die Inflation so schnell als möglich zu steigern.“ Die Aufgabe der EZB ist es aber nicht, die Inflation anzuhetzen, sondern im Gegenteil, das Preisniveau stabil zu halten und damit langfristig Vermögen und Wohlstand zu ermöglichen.

Draghi will, um die Inflation anzuhetzen, die Zentralbank-Geldmenge um etwa ein Drittel vergrößern, also riesige Mengen Geld „drucken“. Mit dem neu geschaffenen Geld kauft die EZB vor allem Staatsanleihen der Eurostaaten, außerdem auch gedeckte Schuldverschreibungen und Asset Backed Securities (ABS). Bereits nach dem ursprünglichen, schon höchst fragwürdigen Beschluss kaufte sie für monatlich 60 Milliarden Euro solche Anleihen. Das Kaufprogramm für insgesamt 1,13 Billionen, also für weit über tausend Milliarden Euro soll noch weiter überschritten werden... (Fortsetzung [dieses sehr wichtigen Themas bei Tichy!](#))



BPE: Islamaufklärung in Neustadt/Weinstraße



Am vergangenen Samstag führten wir von der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) Rheinland-Pfalz einen Infostand in der Neustädter Innenstadt durch. Mit Flyern, Broschüren, Zeitungsartikeln und islamkritischer Literatur informierten wir die Bürger zum Thema Islam/Islamisierung. Darüber hinaus möchten wir bei unseren Infoständen den Bürger durch auf Plakattafeln präsentierte Slogans und Zitate zum Nachdenken anregen. Dabei ist es immer wieder interessant zu beobachten, wenn die Leute vor unseren Plakatständern neugierig stehen bleiben und sich ihre Gedanken zu den Aussagen machen. Oftmals ergeben sich daraus interessante Gespräche mit uns am Infostand.

(Von BPE Rheinland-Pfalz)

Man merkt, dass es vielen Personen gut tut, einfach einmal frei und unbefangen über das Thema Islam mit anderen zu reden. Dabei schüttet so manch einer sein Herz großzügig aus. Andere wiederum decken sich mit Infomaterial ein und bekunden uns gegenüber ihre Sympathie für unsere Arbeit, sie trauen sich aber nicht, offen über die Thematik Islam zu sprechen.



An dieser Stelle zeigt sich, dass die von weiten Teilen von Politik und Medien versuchte Einschüchterung der Bevölkerung, indem man Islamkritik mit politischem Extremismus oder einer Krankheit namens „Islamophobie“ gleichsetzt, ihre psychologische Wirkung bei dem ein oder anderen nicht verfehlt. Insgesamt gesehen ist das Interesse der Bürger an unserer Arbeit, im Vergleich zu vorherigen Infoständen, stark gestiegen. In den meisten Fällen wurde das von uns in der Fußgängerzone verteilte Infomaterial gerne angenommen.

Es ist zunehmend wichtig, sachlich fundiert Aufklärung über das Grundwesen und die Ziele des Islams zu betreiben und die öffentliche Diskussion über den Islam zu forcieren. Diese Debatte darf kein Links-/Rechts-Schema kennen und muss über alle Parteigrenzen hinweg offen und tabulos geführt werden. So, wie es für eine Demokratie und für eine freie, aufgeklärte Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Alle uns in Deutschland und Europa lieb gewonnenen, hart erkämpften Lebensverhältnisse sind durch den politischen Machtanspruch des Islams in ihrer Existenz bedroht. Daher gilt es, endlich der realen Bedrohung ins Auge zu sehen und rechtzeitig gegenzusteuern, um Schaden von der Demokratie und den Menschenrechten abzuwenden. „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.“

Wer uns bei zukünftigen Aktionen unterstützen will, kann sich

gerne bei uns unter servicenewsletter@yahoo.com melden.



40. Pegida Duisburg trotz schlechtem Wetter



Am vergangenen Montag feierte Pegida Duisburg seine 40. Veranstaltung. Pegida NRW-Organisationsleiter Marco Schneidereit (2.v.r.) freute sich, hierzu ein Rednertrio begrüßen zu können: Ed Utrecht (l.), der am Tag zuvor noch in Rotterdam eine Pegida geleitet hatte, Michael Stürzenberger (2.v.l.) aus München und Curd Schumacher (r.). Leider spielte das Wetter überhaupt nicht mit: Regenschauer und böiger Wind erschwerten die Durchführung, aber wer ein engagierter Patriot ist, den kann so etwas nicht abhalten. Daher absolvierten die Pegidianer auch einen lautstarken Spaziergang.

Ed Utrecht sprach die letzten Terroranschläge an und machte klar den Islam dafür verantwortlich. Nachdem von ihm ständig verlangt werde, sich von Nazis zu distanzieren, forderte er, dass auch Moslems eindeutig und unmissverständlich erklären sollten, dass sie die barbarischen Taten vom Islamischen Staat schärfstens verurteilen. Doch das geschehe kaum, und so müsse man sich fragen, wie viele Moslems in Wahrheit hinter dem IS stünden. Ed ist der Überzeugung, dass Kriegsflüchtlinge in Nachbarländern aufgenommen werden sollten, damit sie nach Beendigung des Krieges ihr Land schnell wieder aufbauen könnten. Wir hingegen müssten unsere Grenzen sofort dicht machen:

Michael Stürzenberger bezeichnete Pegida Duisburg aufgrund der hervorragenden Teilnehmerzahlen der vergangenen Wochen, bei denen in der Spitze bis zu 800 Bürger kamen, als das Dresden des Westens. Er lieferte die aktuellen Horrorzahlen aus dem Irrenhaus Deutschland, die im November mit 192.827 Invasoren den bisherigen traurigen Rekord markierten. Insgesamt hätten wir bis jetzt über 950.000 Eindringlinge in diesem Jahr, und das riesige Problem sei, dass 90% von denen Moslems seien.

Stürzenberger betonte, dass es bei allem Zorn über die untragbaren Zustände wichtig sei, niemals Gewalt gegenüber den Asylforderern anzuwenden, denn diese würden schließlich nur die Situation ausnutzen. Verantwortlich für den Wahnsinn seien die Regierungspolitiker, allen voran Merkel, und die müssten argumentativ gestellt werden. Stürzenberger berichtete auch von seiner Gerichtsverhandlung in Graz, bei der er wegen eines Zitates vom bekannten Islamkritiker Nassim Ben Iman zu vier Monaten Haft auf Bewährung und 960 Euro Geldstrafe verurteilt wurde:

Curd Schumacher machte klar, dass er in seinem Land keine Asylbetrüger und vorgetäuschten Kriegsflüchtlinge haben wolle. Es sei wichtig, dass die Bürger weiter auf die Straße gingen

und Druck auf die Politiker ausübten:

Die Kanadierin Madeleine berichtete, wie die Islamisierung in ihrer Heimat voranschreitet. Vor ihr sprach Michael von Pegida Duisburg:

Der Spaziergang:

Nach dem Spaziergang kommentierte Stürzenberger die aus seiner Sicht völlig falschen Verschwörungstheorien zu 9/11 an, bei denen wahlweise „Zionisten“, „Juden“, der „Mossad“ oder die US-Regierung die vermeintlichen Verantwortlichen des Massenmordes seien. Bei dem Spaziergang hätten zwei „Truther“ versucht, ihn hierzu in ein Gespräch zu verwickeln. Außerdem rechnete er mit einem anwesenden offensichtlichen Sympathisanten des National-Sozialismus ab, der ihn während seiner Kritik daran als „Schwätzer“ bezeichnete.

Stürzenberger erklärte unmissverständlich, dass das Gift dieser rassistischen und aggressiven Ideologie aus den infizierten Köpfen dieser Menschen schnellstens raus müsse, genauso wie jede andere totalitäre Gesinnung, vor allem natürlich der verfassungsschutzfeindliche Islam, der schließlich auch damals mit den Nazis einen Pakt unter Brüdern im Geiste geschmiedet hätte:

Wie es Ed angekündigt hat, findet am 13. Dezember in Aachen eine große Gemeinschaftsdemo der Pegida-Gruppen aus Nordrhein-Westfalen, Belgien, Lüttich und Holland statt. [Hier die Facebook-Seite der Demo.](#)



Und am kommenden Montag gibt es die 41. Ausgabe von Pegida Duisburg – es geht schnurstracks aufs 50. Jubiläum zu!



Dänen feiern „Nein“ zu mehr EUdSSR



Dänemark rückt weiter weg von der EU: Bei dem Referendum, [auf das PI gestern hinwies](#), haben die Dänen am Donnerstag gegen die Abschaffung

ihrer Sonderregeln in der europäischen Rechtspolitik gestimmt. Nach Auszählung fast aller Stimmen votierten rund 53 Prozent der Wähler dafür, im Bereich Justiz und Inneres auch in Zukunft außen vor zu bleiben. Rund 47 Prozent stimmten dagegen. Das Nein-Lager habe eine „klare“ Mehrheit errungen, sagte Regierungschef Lars Lökke Rasmussen am Donnerstagabend in Kopenhagen. Das Ergebnis des Referendums feierten die Anhänger der Dänischen Volkspartei als Triumph. „Die Dänen wissen: Wenn man die Dinge Brüssel überlässt, ist man zu großen Teilen einem untransparenten System ausgeliefert, in dem wir viel von unserer Demokratie verlieren“, sagte der Parteivorsitzende Kristian Dahl Thulesen (Foto). Seine Sonderrechte hatte Dänemark ausgehandelt, nachdem die Bevölkerung 1992 Nein zum Maastricht-Vertrag zur Gründung der EU gesagt hatte.